

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Analyse des geltenden Patentrechts	7
I. Stand der Forschung	7
II. Einordnung	18
III. Mögliche Anknüpfungspunkte für Umweltschutz- erwägungen im aktuellen Patentrecht	19
1. Umweltschutzerwägungen in den theoretischen Grundlagen des Patentrechts	19
a) Zweck des Patentrechts	19
b) Patentrechtstheorien	21
c) Zwischenergebnis	22
2. Umweltschutzerwägungen in den Patentierungsvoraussetzungen	22
a) Erfindung	23
b) Erfinderische Leistung	23
c) Neuheit, Offenbarung, gewerbliche Anwend- barkeit	29
d) Soziale Nützlichkeit	30
e) Umweltverträglichkeitsprüfung und der Anspruch auf Patentierung	33
3. Umweltschutzerwägungen in den Patentierungsverboten	33
a) Verstoß gegen die öffentliche Ordnung	34
b) Verstoß gegen die guten Sitten	36
c) Prüfungspflichten des Patentamts	38
d) Zwischenergebnis	39
4. Umweltschutzerwägungen bei Erteilung von Zwangslizenzen	40
5. Umweltschutzerwägungen im Verfahren vor dem Patentamt	41
IV. Wirkungsgeschichte der alternativen Vorschläge	41
B. Ergebnis	43
C. Verfassungsrechtliche Bewertung des Patentrechts	45
I. Grundsätzliche Anforderungen an Rechtsnormen- Verfassungsrecht als Bewertungsmaßstab	45
II. Umweltschutz als impliziter Gehalt der Verfassung	46
1. Umweltschutz als Staatszweck	46
2. Ableitbare Verpflichtungen	49
3. Grundrechtliche Umweltschutzpflichten	50

a) Schutzpflichten durch Zurechnung von staatlicher Untätigkeit	50
b) Schutzpflichten aus dem objektiv rechtlichen Gehalt der Grundrechte.....	52
4. Zwischenergebnis	56
5. Anwendbarkeit der Konzepte grundrechtlicher Schutzpflichten auf das Patentrecht.....	57
6. Ergebnis	58
III. Direkte Aussagen zum Umweltschutz im Verfassungsrecht.....	60
1. Das Umweltstaatsziel vor Einführung des Art. 20a GG	60
2. Das Staatsziel Umweltschutz Art. 20a GG.....	61
a) Normcharakter und allgemeine Bedeutung	61
b) Bestimmung der enthaltenen Begriffe	62
c) Materieller Gehalt des Art. 20a GG.....	63
3. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Vorgaben gesetzlichen Umweltschutzes	89
IV. Umfassender Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers oder inhaltliche Bindung durch Art. 20a GG — Grundlagen einer Entscheidung	90
1. Verfassungsauslegung	90
a) Grundlegende Notwendigkeit der Verfassungsauslegung	91
b) Unterschiedliche Bestimmung des Begriffs der Verfassung	92
c) Methoden der Verfassungsauslegung	95
d) Kriterien zur Bewertung der Auslegungsergebnisse	100
e) Ergebnis	103
2. Die Staatszielbestimmung als verfassungsrechtliche Kategorie.....	104
a) Definitionen Staatszielbestimmung	105
b). Anwendung der Ergebnisse auf die Auslegungen zu Art. 20a GG.....	107
3. Möglichkeiten einer umweltspezifischen Begriffsbestimmung der Kategorie Staatszielbestimmung	108
4. Ergebnis	110
V. Zusammenfassung der verfassungsrechtlichen Vorgaben für gesetzgeberischen Umweltschutz	113
VI. Sind Vorschriften des Patentgesetzes wegen Verstoßes gegen Art. 20a GG verfassungswidrig?	114

D. Rahmenbedingungen eines ökologisch ausgerichteten Patentrechts.....	123
I. Operationalisierbarkeit als Bewertungskriterium wissenschaftlicher Ansätze	125
II. Definitionen der Begrifflichkeiten für eine öko- logisch geleitete Beschäftigung mit dem Patentrecht	130
III. Bedingungen für die Entstehung von Umwelt- innovationen.....	131
1. Elemente innovationsfreundlicher Rahmen- bedingungen und deren Hemmnisse.....	131
a) Informationsdefizit als objektives Innovations- hemmnis.....	133
b) Patentrecht als objektive Rahmenbedingung für Umweltinnovationen.....	135
c) Patentkosten als objektive Rahmenbedingungen...	137
d) Individuelle Motivationslage der Innovatoren.....	138
2. Empirische Untersuchungen zu den Wirkungen des Patentrechts	141
3. Konsequenzen der empirischen Befunde für das Thema Patentrecht und Umweltschutz.....	146
IV. Operationalisierbarkeit theoretischer Reform- ansätze.....	147
1. Betriebswirtschaftliche Methoden der öko- logischen Produktbewertung als Modelle der Technologiebewertung	147
a) Ansätze der Technologiebewertung.....	148
b) Generelle Schwierigkeiten der Technologie- bewertung	150
c) Produktbewertung als Vorbild einer möglichen Umweltverträglichkeitsprüfung im Patentrecht	151
2. Eignung des Patentrechts als Steuerungs- element von Technologiepolitik	152
a) Regelungsmöglichkeiten des Patentrechts trotz ordnungsrechtlicher Regelungen	152
b) Abgrenzung der Reformmöglichkeiten des Patentrechts von denen des Ordnungsrechts.....	153
3. Gesetzliche Prüfungsverfahren.....	155
V. Wirtschaftliche Auswirkungen von Umwelttechnologien	157
VI. Einfluss des Externalitätenproblems auf Ent- scheidungen der Wirtschaft.....	159
E. Möglichkeiten und Grenzen des Umwelt- schutzgedanken im Patentrecht	163

I. Zusammenfassung des umweltrelevanten Gehalts der Verfassung	163
II. Verfassungsrechtliche Grenzen des Umweltschutzes	164
III. Zusammenfassung der Reformvorschläge zu Patentrecht und Umweltschutz.....	165
IV. Zusammenfassung der Rahmenbedingungen des Patentrechts	174
V. Bewertung der Möglichkeiten einer ökologisch motivierten Reform des Patentrechts	176
1. Erweiterung des Bereichs der Patentierbarkeit...	179
2. Verlängerung des Patentschutzes	186
3. Einführung einer Neuheitsschonfrist für Umweltinnovationen	187
4. Verringerung der Gebühren.....	188
5. Verkürzung des Patenterteilungsverfahrens	188
6. Verringerung des Informationsdefizits	190
7. Änderung der Rahmenbedingungen und der Problemwahrnehmung.....	193
8. Änderung des Patenterteilungsverfahrens	195
a) Terminologische Fragen	197
b) Neue Ermittlungspflichten des Patentamts.....	198
c) Erweiterung des Patenterteilungsverfahrens.....	199
d) Veränderung der individuellen Motivationslage der Innovatoren.....	201
e) Externe Effekte und das Patenterteilungsverfahren.....	202
9. Vorschlag zur Umgestaltung des Patentierungsverfahrens	203
10. Rechtsschutz gegen Ablehnung der privilegierten Prüfung	206
11. Zwangslizenz und Benutzungszwang für Umweltinnovationen	207
12. Ausgestaltung des Verfahrens der Patentierungsverbote	207
VI. Vereinbarkeit möglicher Reformen des PatG mit internationalem Recht	210
F. Zusammenfassung.....	211
Thesen.....	227
Verzeichnis der verwendeten Literatur.....	233